

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag

Beschluss des Parteivorstandes vom 9. April 2016

Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 5. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE, Berlin, 28. und 29. Mai 2016

Gemäß § 9 (5) des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland und § 15 (2) e der Bundessatzung der Partei DIE LINKE legt der Parteivorstand dem Bundesparteitag einen Tätigkeitsbericht vor. Der Berichtszeitraum begann mit der Wahl des Parteivorstandes auf der 1. Tagung des 4. Bundesparteitages vom 9. bis 11. Juni 2014 in Berlin. Redaktionsschluss für diesen Bericht war der 9. April 2016.

Grundlagen der Arbeit des Parteivorstandes

Der Parteivorstand arbeitete auf Grundlage des Parteiprogramms, der Bundessatzung, der Ordnungen der Partei, des 2014 beschlossenen Europawahlprogramms, des 2013 beschlossenen Bundestagswahlprogramms und der weiteren 2007 beschlossenen Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE. Im Berichtszeitraum gaben die Bundesparteitage die grundsätzliche Orientierung für die Vorstandsarbeit.

Die 1. Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE am 15. und 16. Februar 2014 in Hamburg, hier außer dem erwähnten Europawahlprogramm die Beschlüsse:

- Solidarität mit dem sozialistischen Kuba! Solidarität mit dem Integrationsprozess in Lateinamerika!
- Refugees welcome! - Geflüchtete willkommen heißen!
- Transatlantisches Freihandelsabkommen verhindern
- Beteiligung an den Blockupy-Protesten 2014
- In Deutschland und Europa: Für das Recht von Frauen auf Abtreibung – Gegen die konservativ-reaktionäre Familienideologie
- Leben muss sich wieder lohnen. Perspektiven schaffen für die Jugend Europas!
- Bleiberecht für Familie Maksimovic. Humanität und Solidarität statt

Die 2. Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE vom 9. bis 11. Juni 2014 in Berlin, hier besonders die Beschlüsse:

- Europa beginnt vor Ort!
- Antifaschistisch-LINKS wählen
- Drohnenkrieg stoppen!
- Flüchtlinge schützen
- Solidarität mit Venezuela!
- Weiter gegen Zerschlagung und Privatisierung des Eisenbahnwesens
- Für den Erhalt und Ausbau des Nachtzugverkehrs der DB als Teil eines europäischen Nachtzugnetzes
- Dein Bauch gehört dir!
- Gegen TTIP und CETA
- Wer Europa will, muss es den Reichen nehmen!
- Auch für den Ukraine-Konflikt gilt: Internationale Solidarität
- Für eine gesetzliche Mindestausbildungsvergütung

- Energiewende sozial gestalten statt abwürgen!
- Verpflegungspauschale
- Fraktionsdoppelspitze

Die 3. Tagung des 4. Parteiages der Partei DIE LINKE am 6. und 7. Juni 2015 in Bielefeld, hier besonders die Beschlüsse:

- Für eine starke LINKE – Für Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit - Wahlerfolge 2016 organisieren
- Kommunalpolitische Leitlinien der Partei DIE LINKE
- Solidarität mit der HDP - Linke verurteilt die Angriffe auf die HDP
- DIE LINKE und das Bedingungslose Grundeinkommen
- Beitragsehrlichkeit - Beitragstabelle
- Für ein Ende der neoliberalen Traurigkeit – Europa anders machen
- Solidarität mit den Forderungen von ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen
- Solidarität mit dem Arbeitskampf bei der Deutschen Post - Privatisierung rückgängig machen!
- Solidarität mit den Beschäftigten der Charité

Alle von Bundesparteitagen an den Parteivorstand überwiesenen Anträge wurden von diesem beraten und entschieden.

Der Parteivorstand regelte seine Tätigkeit mit Sitzungs- und Terminplänen sowie einer Geschäftsordnung. Er hatte satzungsgemäß 44 Mitglieder. Ein Mitglied des Parteivorstandes trat im Berichtszeitraum aus beruflichen Gründen zurück. Der Geschäftsführende Parteivorstand bestand satzungsgemäß aus zwölf Mitgliedern. Es waren dies außer den vom Parteitag nach § 19 (1) a bis d gewählten Mitgliedern (Katja Kipping, Bernd Riexinger, Caren Lay, Tobias Pflüger, Axel Troost, Janine Wissler, Thomas Nord und Matthias Höhn) noch Christine Buchholz, Stefan Hartmann, Katina Schubert und Sabine Wils, die in der Klausurberatung des Parteivorstandes am 4. und 5. Juli 2014 gewählt wurden. Weitere Parteivorstandsmitglieder wurden als Verantwortliche für einzelne Politikfelder bestimmt.

Die Personalverantwortung im Parteivorstand übten die Parteivorsitzenden und in deren Auftrag der Bundesgeschäftsführer in Abstimmung mit dem Bundesschatzmeister aus. Personalentscheidungen wurden im Geschäftsführenden Parteivorstand getroffen. Die Stellenpläne 2015 und 2016 wurden im Parteivorstand im Rahmen des Finanzplanes beschlossen.

Der Parteivorstand tagte 20 Mal und der Geschäftsführende Parteivorstand führte 81 Beratungen durch, um Entscheidungen zu operativen Vorgängen, Finanz- und Personalfragen zu treffen sowie die Sitzungen des Parteivorstandes vor- und nachzubereiten. Über die Sitzungen des Parteivorstandes und dessen Beschlüsse wurde ausführlich in Sofortinformationen des Bundesgeschäftsführers im Internet und im Newsletter der Partei informiert. Alle Beschlüsse (sofern sie nicht Personalfragen betrafen) wurden im Internet veröffentlicht.

Regelmäßig beriet der Parteivorstand oder der Geschäftsführende Parteivorstand mit den Landesvorsitzenden, Landessprecherinnen und Landessprechern, mit dem Fraktionsvorstand und mit den Mitgliedern des Bundesausschusspräsidiums. Regelmäßige Abstimmungen fanden auch mit den LINKEN in Landesregierungen statt. Einmal im Jahr berieten der Geschäftsführenden Parteivorstand, die Landesvorsitzenden und das Präsidium des Bundesausschusses mit den Mitgliedern der Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Auf Einladung des Bundesgeschäftsführers tagten ca. zweimonatlich die Landesgeschäftsführerinnen und Landesgeschäftsführer.

Ausgehend von einem Parteitagsantrag richtete der Parteivorstand im Herbst 2014 sechs Arbeitsgruppen zu Reformalternativen (Themen: Soziale Sicherheit, Gute Arbeit, Demokratisierung, Umverteilung / Steuergerechtigkeit, Sozial-ökologischer Umbau und Außenpolitik) ein, die in ihrem Politikfeld jeweils kurzfristige und weiterreichende Forderungen sowie Begriffe und Zuspitzungen erarbeiten sollten, die zur Mobilisierung dienen können. Drei der Arbeitsgruppen legten inzwischen Berichte vor, die die Arbeitsgruppen arbeiten weiter auch in Hinblick auf die Wahlstrategie.

In der Sitzung vom 5. Juli 2015 nahm der Parteivorstand einen Bericht des Bundesgeschäftsführers zur Existenz von Papieren, in denen personelle Fragen in einer für den Umgang in unserer Partei in Form und Inhalt völlig inakzeptablen Weise besprochen werden und die dem Ansehen der Partei, namentlich des Parteivorstands und der Bundesgeschäftsstelle geschadet haben, zur Kenntnis.

Auf Grund einiger kritischer Rückmeldungen zum Bielefelder Parteitag lud der Parteivorstand alle Interessierten zu einem Workshop ein, auf dem Vorschläge für kommende Parteitage erarbeitet wurden. Diese Vorschläge – u.a. Redezeiten einheitlicher, mehr Zeit für Debatten, weitere Befugnisse für die Antragskommission – wurden in den Entwurf für die Geschäftsordnung des 5. Parteitages aufgenommen.

Angesichts der Pegida-Bewegung, zunehmender rassistischer Übergriffe und der Wahlerfolge der AfD nahm die Auseinandersetzung mit rechts einen großen Raum in der Arbeit des Parteivorstandes ein. Dazu gehörten eine gründliche Analyse-Tätigkeit, u.a. in einer eigens berufenen Arbeitsgruppe, Beschlüsse und Argumentationshilfen sowie die personelle, finanzielle und logische Unterstützung von Bündnissen und Aktionen.

Im Berichtszeitraum hatte DIE LINKE acht Landtagswahlkämpfe zu führen. Die Wahlergebnisse lagen mehrheitlich unter den Erwartungen: in Sachsen (2015) 18,9 Prozent = -1,7, in Sachsen-Anhalt (2016) 16,3 Prozent = -7,3, in Baden-Württemberg (2016) 2,9 Prozent = +0,1 und Rheinland-Pfalz (2016) 2,8 Prozent = -0,2. Auch das Brandenburger Wahlergebnis (18,6 Prozent = -8,6) reihte sich da ein, reichte aber für die Fortsetzung der rot-roten Regierung. Herausragend war das Ergebnis 2014 in Thüringen mit 28,2 Prozent = +0,8 und der Bildung einer rot-rot-grünen Landesregierung mit Bodo Ramelow als erstem LINKEN Ministerpräsidenten. Erfreuliche Zuwächse brachten auch die Bürgerschaftswahlen 2014 in Hamburg (8,5 Prozent = +2,1) und Bremen (9,5 Prozent = + 3,9) sowie die Kommunalwahlen 2016 in Hessen.

Am 1. Mai 2015 startete die bundesweite Kampagne „Das muss drin sein.“. Mit dieser Kampagne sollten und sollen „prekäre“ Arbeits- und Lebensbedingungen zum Thema gemacht werden. Es ging und geht darum, Druck zu machen für gute Arbeit und ein gutes Leben für alle, konkret anhand fünf ausgewählter Forderungen, die in einem reichen Land wie Deutschland problemlos umgesetzt werden könnten, wenn der politische Wille dafür da wäre: Befristung und Leiharbeit stoppen; Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV; Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst; Wohnung und Energie bezahlbar machen; mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.

Dem Start der Kampagne vorausgegangen war ein mehr als halbjähriger Vorbereitungsprozess, indem Parteivorstand und Bundesgeschäftsstelle unter Beteiligung aller Landesverbände (im Rahmen eines gesonderten Workshops) und vieler Kreisvorsitzender (im Rahmen der Kreisvorsitzendenberatung) die Kampagne entwickelten. Damit wurde eine breite Verankerung der Kampagne in der Partei erreicht. Auch die weitere Umsetzung der Kampagne wurde und wird in einem in der Regel alle zwei Monate tagenden Kampagnenrat geplant. Diesem Kampagnenrat gehören Vertreterinnen und Vertreter des Parteivorstandes, aller Landesver-

bände, der Bundesarbeitsgemeinschaften Betrieb und Gewerkschaft und Hartz IV sowie Expertinnen und Experten aus der Bundestagsfraktion und der Rosa-Luxemburg-Stiftung an.

Erster Höhepunkt der Kampagne war im Juni 2015 eine Aktionswoche im Anschluss an den Bundesparteitag. Es folgten gemeinsame Aktionsphasen, die jeweils durch entsprechende parlamentarische Initiativen der Bundestagsfraktion begleitet wurden: „Befristung und Leiharbeit stoppen“ (September 2015), „Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV“ (Dezember 2015), „Mehr Personal für Pflege und Gesundheit“ (März-Mai 2016). Die Aktivitäten vor Ort wurden durch die Bundesgeschäftsstelle umfangreich mit Handreichungen, Print- und weiteren Materialien begleitet und unterstützt. Je nach Phase beteiligten sich schätzungsweise ein Viertel bis die Hälfte aller Kreisverbände mit eigenen Aktionen. Im Rahmen der Kampagne konnten zahlreiche neue Kontakte von Unterstützerinnen und Unterstützer etabliert insbesondere über die Unterschriftensammlung „Frist oder stirb? Deine Stimme gegen Befristung und Leiharbeit“. In einzelnen Kreisverbänden ist es zudem gelungen, unter dem Dach der Kampagne über die zentralen Aktionsphasen hinaus eigenständig lokale Aktivitäten zu entwickeln und im Rahmen von lokalen Kampagnengruppen offene, beteiligungsorientierte Strukturen zu schaffen. Für Mitte April ist als Zwischenhöhepunkt der Kampagne eine bundesweite Aktionskonferenz geplant, auf der Zwischenbilanz gezogen und die weiteren Schritte diskutiert werden sollen.

Auf Initiative der Parteivorsitzenden traf sich ca. zweimonatlich eine Arbeitsgruppe „Feministische Offensive“, um alle feministischen Aktivitäten der Partei und in ihrem Umfeld zu koordinieren. Die Feministische Offensive setzt sich zusammen aus Frauen des Parteivorstandes, Vertreterinnen der BAG LISA und hauptamtlichen Frauen der Partei und wird von Expertinnen aus Fraktion und Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt. Zu den Projekten gehörten u.a. die jährliche Durchführung der Bundesfrauenkonferenz und die Vergabe des Clara-Zetkin-Frauenpreises, für den sich immer wieder neue interessante feministische Projekte bewerben und dabei wichtige Schnittstellen in die Gesellschaft schaffen. Ebenso wurden von der Feministischen Offensive u.a. die Frauenkampftagsdemos am bzw. um den 8. März, die Proteste gegen die Auftritte von Lebensschützer_innen im September und die Feministische Intervention bei den Blockupy-Aktionen koordiniert.

Beratung und Vernetzung

Außer über größere Konferenzen hat der Parteivorstand in verschiedenen Fachgesprächen den Austausch unter seinen Mitgliedern und mit Fachleuten aus Linksfraktion, Rosa Luxemburg Stiftung und interessierten Wissenschaftler innen und Wissenschaftlern gesucht. So diskutierten am 26.9.2014 Vorsitzende und Parteivorstandsmitglieder zur Frage einer „*neuen Weltordnung*“, imperialer Strategien und der deutschen Rolle in der Welt. An der Beratung nahmen auch zahlreiche Mitglieder der Internationalen Kommission des PV teil. Zur Frage der *demokratischen Investitionssteuerung und einem öffentlichen Investitionsprogramm* (13.11. und 18.12.2014) diskutierten die Vorsitzenden und Parteivorstandsmitglieder mit Volks- und Wirtschaftswissenschaftlern, Abgeordneten und Fachreferentinnen und Fachreferenten der Linksfraktion. Am *Hearing „Linke Perspektiven für die europäische Wirtschaftspolitik“* (3.9.2015) nahmen auf Einladung des Bereichs am 3. September 2015 im Karl-Liebknecht-Haus ca. die 30 Personen aus Wissenschaft, Parteivorstand sowie der Bundestagsfraktion teil. Dabei wurden nach der Erpressung der griechischen Regierung die Perspektiven der griechischen Syriza-Regierung und die Gründe für den Abschluss des dritten Memorandums diskutiert, und konkrete Möglichkeiten und Spielräume einer nachfrageorientierten Wirtschafts- und Umverteilungspolitik in Europa unter den Bedingungen von EU und Euro.

In Weiterführung des Dialogs der Gewerkschaftsratschläge lud der Parteivorstand zum „Arbeitskreis linke Gewerkschaftspolitik“ (9.10.2015) ein, um Erfahrungen und Sichtweisen auszutauschen und darüber zu diskutieren, was getan werden kann, um linke Politik in den Gewerkschaften wirksamer einzubringen und um gewerkschaftliche Positionen in der LINKEN zu verwurzeln.

Der Parteivorstand nahm auf Einladungen an Gewerkschaftstagen/-kongressen von DGB (11.-16.05.2014), GdP (10.-12.11.2014), ver.di (20.-26.09.2015) und IG Metall (18.-24.10.2015) teil. Vorsitzende und andere Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN traten auf Gewerkschaftstagen und ihren Parteienabenden auf und diskutierten mit Delegierten.

DIE LINKE hat durch Vorsitzende und Vorstandsmitglieder sowie Unterstützung aus der Bundesgeschäftsstelle die Zusammenarbeit mit Beschäftigten, Beschäftigtenvertretungen und Gewerkschaften im Streik und zur Weiterentwicklung von Strategien verstärkt. Das betraf die Unterstützung der Sozial- und Erziehungsdienste (18.4.2015), Krankenhaus / Pflege (27.6.2014) und die Teilnahme an der Konferenz „Gemeinsam Strategien entwickeln. Konflikte führen. Beteiligung organisieren“ (2.-4.10.2014).

In Spitzengesprächen mit Gewerkschaften, u.a. dem geschäftsführenden Vorstand des DGB (14.9.2014), wurde über gemeinsame Positionen und Möglichkeiten gesprochen, für gemeinsame Ziele gesellschaftlicher Mehrheiten zu erringen. Die Verständigung, sich regelmäßig zur aktuell-politischen Situation auszutauschen, wurde erneuert.

DIE LINKE unterstützte Beschäftigte und Gewerkschaften in verschiedenen bundesweiten Tarifkämpfen aktiv. Mit Beschlüssen, wie „Hände weg vom Streikrecht. Solidarität mit den Streikenden der GDL!“ (10.11.2014), „Gerechte Bezahlung für gute Arbeit – das muss drin sein!“ (24. 1.2015) und „Solidarität mit den Streikenden bei Kitas, Post und Bahn!“ (10./11.5.2015) wurde Position für das Streikrecht und die berechtigten Forderungen der Streikenden bezogen und die Gliederungen der Partei dazu aufgerufen, die Streikenden zu unterstützen. Dafür wurden eine Reihe von Aktionsmaterialien bereitgestellt und Vernetzungsangebote gemacht.

Zur besseren Verankerung der LINKEN und zum Austausch über mögliche gemeinsame Strategien fanden berieten die Vorsitzenden zweimal im Jahr mit dem *Kreis der Kritischen Köpfe*, einer Runde von befreundeten Intellektuellen. Beim *Bewegungsratschlag* stand der Austausch mit sozialen und antirassistischen Bewegungen und Sozialverbänden im Vordergrund. Er tagte dreimal im Jahr.

Im Oktober 2015 fand ein zweitägiger Workshop zur direkten Ansprache mit einer Delegation der *Working Families Party* (WFP) – der „Partei der arbeitenden Familien“ aus den USA statt, an dem – einen 2-tägigen Workshop in Berlin, an dem 22 haupt- und ehrenamtlich Aktive aus dem gesamten Bundesgebiet mit großem Interesse teilnahmen. Die dort vorgestellten Konzepte zu Gesprächsführung und aufsuchendem Wahlkampf wurden für DIE LINKE adaptiert und im Februar 2016 im Landtagswahlkampf in Baden Württemberg in kleinem Maßstab ausprobiert.

Im November 2015 fand ein bundesweiter Ratschlag mit Expert_innen und Aktiven aus einer Reihe von Landesverbänden zur stärkeren Verankerung der Partei in sozialen Brennpunkten statt. Aus den praktischen Erfahrungen konnte ein Konzept mit Kriterien für linke Modellprojekte in so genannten „sozialen Brennpunkten“ entwickelt werden, dessen Umsetzung durch ein Forschungsvorhaben der Rosa-Luxemburg-Stiftung begleitet wird.

Veranstaltungen und Aktionen

Einen Schwerpunkt der außerparlamentarischen Arbeit stellte im Berichtszeitraum der Kampf gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA dar. DIE LINKE hat sich hier inzwischen als zuverlässige Partnerin des NGO-Bündnisses „TTIP unfairhandelbar“ etabliert und an mehreren dezentralen Aktionstagen und weiteren Aktionen beteiligt. Die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA wurde erfolgreich unterstützt. Mit 3,3 Millionen Unterschriften ist sie die erfolgreichste Europäische Bürgerinitiative aller Zeiten. DIE LINKE steuerte dazu viele Unterschriften bei und konnte zudem zahlreiche neue Sympathisantinnen und Sympathisanten gewinnen.

Höhepunkt war die Großdemonstration gegen TTIP und CETA im Oktober 2015 mit rund 250.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und einer starken Präsenz der LINKEN. Für Ende April 2016 bereitet DIE LINKE gemeinsam mit vielen Bündnispartnerinnen und -partnern eine große überregionale Demonstration gegen TTIP und CETA anlässlich der Eröffnung der Hannover-Messe durch US-Präsident Obama und Bundeskanzlerin Merkel vor.

Die geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada waren auch eines der bestimmenden Themen bei der großen Demonstration gegen den G7-Gipfel im Juni 2015 in München, an der 40.000 Menschen teilnahmen und die von der LINKEN maßgeblich mit organisiert wurde. Das gilt auch für die großen „Wir haben's satt“-Demonstrationen im Januar, zu denen DIE LINKE auch 2015 und 2016 aufrief.

Der Parteivorstand unterstützte im Berichtszeitraum weiterhin das Bündnis „Blockupy“ und dessen Protest gegen die brutale Kürzungspolitik in Europa in Folge der Finanz- und Bankenkrise. Höhepunkte waren das Blockupy-Festival im November 2014 und die große Demonstration anlässlich der förmlichen Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes im März 2015 in Frankfurt am Main, an der rund 25.000 Menschen teilnahmen. .

In verschiedenen Tarifeauseinandersetzungen unterstützte DIE LINKE aktiv die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften. Zuletzt stand hier 2015 die „Aufwertungstarifrunde“ der Erzieherinnen und Erzieherinnen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter im Öffentlichen Dienst und ihrer Gewerkschaften ver.di und GEW im Mittelpunkt.

Im Berichtszeitraum zwischen 2014 und 2016 führte der Parteivorstand zwei größere Konferenzen durch. So steuerte der Parteivorstand neben der Bundestagsfraktion und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Veranstaltungen zur *Linken Woche der Zukunft* im April 2015 bei. Insgesamt nahmen an dieser Veranstaltungsserie mehr als 1.000 Menschen, davon rund 200 Referent_innen teil. Durchschnittlich verfolgten über 800 Menschen die Veranstaltung zusätzlich per Live-Stream. Die Resonanz auf die *Linke Woche der Zukunft* war ausgesprochen positiv. Die Möglichkeit, unabhängig von unmittelbarer Entscheidungsfindung über gesellschaftlich relevante Themen diskutieren zu können und der Beitrag der Veranstaltung zur Verankerung der LINKEN in ihrem diskursiven Umfeld wurden von Teilnehmenden und Medien sehr positiv beschrieben. Im März 2016 lud der Parteivorstand zur Friedens- und Entspannungspolitischen Konferenz nach Berlin ein. Rund 400 Teilnehmende diskutierten mit Rund 80 Referent_innen über die hinter den Kriegen stehenden Interessen und über friedliche Alternativen, sowie über Strategien für Frieden und Entspannung und wie wir eine starke Bewegung gegen den Krieg schaffen können. Mehrere Hundert verfolgten die Konferenz im Livestream.

Das „Fest der Linken“ hat jährlich Tausende Besucherinnen und Besucher angezogen. In enger Kooperation mit der Bundestagsfraktion, der Partei der Europäischen Linken, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, den Landesverbänden und Landtagsfraktionen der Partei sowie weiteren

Partnerinnen und Partnern, u. a. die Tageszeitung neues deutschland, hat diese überregionale kulturelle und politische Großveranstaltung ihre bisherige Traditionslinie fortgeführt. Die jährliche Veranstaltung „Pfingsten mit der LINKEN“ am Werbellinsee blieb eine traditionelle, immer ausgebuchte Veranstaltung der Partei. Die Verleihung des Clara-Zetkin-Frauenpreises in den Jahren 2015 und 2016 waren herausragende Events mit guten Besucherzahlen. Im Jahr 2016 wurde der Ehrenpreis an die politische Initiative #ausnahmslos verliehen. 2016 wurde am Wochenende vor dem 8. März erstmals ein feministisches Wochenende aus der Verleihung des Clara-Zetkin-Frauenpreises, der Bundesfrauenkonferenz und der Demonstration des Frauenkampftagbündnisses gebildet.

Die Aschermittwochsveranstaltung 2015 wurden von der Partei DIE LINKE bei guter Medienberichterstattung ausgerichtet bzw. unterstützt, die Veranstaltung 2016 wurde wegen eines Bahnunglücks in Bayern von allen politischen Parteien abgesagt. Auch in den Jahren 2015 und 2016 rief DIE LINKE zum traditionellen Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf.

Im September 2014 fand eine Kreisvorsitzendenberatung statt, die maßgeblich dazu genutzt wurde, unsere Kampagne „Das muss drin sein.“ gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern weiter vorzubereiten. Der Parteivorstand führte zwei Bundesfrauenkonferenzen durch.

Präsent war die Partei bundesweit auf den Paraden zum Christopher Street Day. Auf dem Evangelischen Kirchentag 2015, der parallel zum Parteitag stattfand, war DIE LINKE mit einem attraktiven Messestand und mehreren Veranstaltungen präsent.

Der Parteivorstand hat sich außerdem an einer ganzen Reihe von Aktionen, Kampagnen und Gedenktagen öffentlichkeitswirksam beteiligt. So war die LINKE an den Aktionen zum 1. Mai, an den alljährlichen Ostermärschen, an den Kranzniederlegungen zum Tag der Befreiung, die Jahresauftaktveranstaltungen der EL, die Aktivitäten zum Tag gegen Gewalt gegen Frauen, zum Jahrestag der Befreiung, zum Equal Pay Day, die Schweigeminute für die Opfer rassistischer Gewalt, die Aktivitäten am 1. September, am Welt-AIDS-Tag, am Internationalen Frauentag beteiligt und unterstützte die Aktivitäten unserer Basis mit Karten, Anzeigen, Kopiervorlagen. DIE LINKE unterstützte die Demonstrationen und Kundgebungen zum Frauenkampftagen 2015 und 2016, die Beteiligung an der weltweiten Aktion „1 Billion Rising“ gegen Gewalt gegen Frauen, dem Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg, an der Demonstration „Freiheit statt Angst“. Zum Internationalen Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2015 lud der Parteivorstand zu einer Kundgebung mit Konzert ein, an der mehrere tausend Menschen am Brandenburger Tor teilnahmen. Am selben Tag beteiligte sich der Parteivorstand auch an der Demonstration „Europa.Anders.Machen.“ mit rund 5.000 Teilnehmenden. Der Parteivorstand unterstützt die Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ gegen die AfD.

Die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Organisationen, die Verankerung in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, der Kontakt und Austausch mit Vereinen und Verbänden bleibt auch im Zeitraum 2014 bis 2016 wichtiger Bestandteil LINKER Politik: Auf Initiative der Parteivorsitzenden führte der Parteivorstand seit Mai 2014 verschiedene Ratschläge und Diskussionsrunden durch: vier Ratschläge mit Vertreterinnen und Vertretern von sozialen Bewegungen und NGOs, an denen jeweils zwischen 20 und 40 Personen teilnahmen (am 4. Juli 2014, 16. Januar 2015, 23. Oktober 2015 sowie 22. April 2016), ein Gewerkschaftsratschlag („Arbeitskreis linke Gewerkschaftspolitik“ mit jeweils ca. 30 Kolleginnen und Kollegen (am 9. Oktober 2013) sowie drei „Runden der kritischen Köpfe“ zum Gespräch mit Intellektuellen, Künstlerinnen und Künstlern mit jeweils ca. 15 Teilnehmer_innen (am 3. Juli 2014, 11. Dezember 2014 sowie 11. Dezember 2015). Schwerpunkte der Diskussionen in allen Runden

waren unsere außerparlamentarischen und parlamentarischen Aktivitäten, unser gesellschaftliche Rolle mit und im Verhältnis zu unseren Bündnispartnerinnen sowie Anforderungen an Programmatik und Politik der LINKEN.

Partei- und Mitgliederentwicklung 2014-2016

I. Fakten zur Mitglieder- und Parteientwicklung

a) Mitgliederentwicklung

DIE LINKE hat in den Jahren 2014 und 2015 rund 8.300 neue Mitglieder gewinnen können. Das entspricht in etwa der Zahl der insgesamt in den Jahren 2012 und 2013 gewonnenen Mitglieder. Gleichzeitig mussten viele Abgänge durch Austritt, Tod oder aufgrund der Nichtzahlung von Mitgliedsbeiträgen verkraftet werden, sodass die Zahl der Mitglieder im Berichtszeitraum von rund 63.757 auf 58.989 zum 31. Dezember 2015 abgesunken ist. Nachdem es im Jahr der Bundestagswahl 2013 gelungen war, den seit 2010 anhaltenden Mitgliederrückgang zu stoppen und die Mitgliederzahl im Vergleich zum Vorjahr stabil zu halten, musste somit in den beiden vergangenen Jahren jeweils ein Mitgliederrückgang verzeichnet werden. Betrug der Rückgang im Jahr 2014 5 Prozent, so verlangsamte er sich 2015 leicht auf 2,6 Prozent. Der Frauenanteil liegt unverändert bei 37 Prozent.

Die Entwicklung in den einzelnen Landes- und Kreisverbänden verläuft weiter nicht einheitlich. Der Anteil der Mitglieder in den östlichen Landesverbänden (inklusive Berlin) ist geringfügig von 61 Prozent Ende 2013 auf 60 Prozent zum 31. Dezember 2015 gesunken. Entsprechend ist der Anteil der Mitgliedschaft in den westlichen Landesverbänden im gleichen Zeitraum geringfügig von 39 Prozent auf 40 Prozent angewachsen.

b) Entwicklung der Kreis- und Ortsverbandsstrukturen

Die Anzahl der Kreisverbände verringerte sich in den Jahren 2013 und 2014 von 352 auf 346, vor allem aufgrund der Zusammenlegungen von Kreisverbänden im ländlichen Raum. DIE LINKE verfügt damit zwar über ein flächendeckendes Netz an Kreisverbänden, allerdings umfassen diese Kreisverbände im ländlichen Raum, insbesondere in einigen westlichen Landesverbänden, zum Teil mehrere Landkreise und somit sehr große Gebiete. Dem steht in diesen Gebieten häufig nur eine geringe Anzahl an aktiven Mitgliedern gegenüber, wodurch eine flächendeckende Präsenz der Partei dort nicht abgesichert ist.

c) Bundesweite Zusammenschlüsse

Darüber hinaus engagieren sich zahlreiche Mitglieder in 27 bundesweit anerkannten und zahlreichen weiteren Zusammenschlüssen. Die Zahl der bundesweit anerkannten Zusammenschlüsse ist damit in den letzten beiden Jahren unverändert geblieben.

d) Entwicklung von Jugend- und Studierendenverband

Zum 31. Dezember 2015 betrug die Zahl der Mitglieder des Jugendverbandes der Partei rund 5400. Damit hat sich die Zahl der Mitglieder von Linksjugend [!solid seit Ende 2013 um 897 erhöht. Von den Neumitgliedern des Jugendverbands gaben 2015 34,7% an, auch Mitglied unserer Partei zu sein. Der Frauenanteil bei den Neumitgliedern liegt bei 30,84%. In diesen Zahlen nicht enthalten sind passive Mitglieder des Jugendverbandes, das heißt junge Mitglieder der Partei, die ihre Mitgliedschaft im Jugendverband nicht aktiviert haben.

Die Anzahl der Basisgruppen des Jugendverbandes in den Landesverbänden wuchs im Berichtszeitraum von 190 auf 202.

Auch der Studierendenverband die linke.SDS konnte weiter leichten Zuwachs verzeichnen. Die Zahl der Hochschulgruppen hat sich im Berichtszeitraum von 55 auf 53 verändert. In 5 Bundesländern gibt es inzwischen eigen Landesverbände des Studierendenverbandes. Die Zahl der individuell registrierten Mitglieder stieg im Studierendenverband bis Ende 2015 auf rund 409 an.

Insgesamt waren zum 31. Dezember rund 9.900 Mitglieder der Partei 35 Jahre oder jünger. Damit ist der Anteil dieser Altersgruppe seit Ende 2013 deutlich von 13 Prozent auf 17 Prozent aller Parteimitglieder gestiegen. Bei den neu eingetretenen Parteimitgliedern lag der Anteil der unter 36-Jährigen zuletzt 2015 mit 54 Prozent sogar noch deutlich über diesem Wert. 2013 lag dieser bei 32 Prozent.

II. Konkrete Maßnahmen

a) Maßnahmen der Mitgliedergewinnung, -kommunikation und -beteiligung:

Ein organisationspolitischer Schwerpunkt war die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Gewinnung neuer Mitglieder sowie zur Verbesserung der Mitgliederkommunikation und -beteiligung. Im Vordergrund stand dabei weiter die Unterstützung der Verantwortlichen für Mitgliederentwicklung und -gewinnung vor Ort in den Landes- und Kreisverbänden und die Verbesserung des Austauschs untereinander.

Die bereits bestehende bundesweite Koordinierungsgruppe Mitgliederentwicklung, in der die diesbezügliche Arbeit des Bereichs Kampagnen und Parteientwicklung der Bundesgeschäftsstelle und der Landesverbände koordiniert wird, wurde weitergeführt. Gemeinsam wurden Konzepte und Handreichungen für die praktische Arbeit vor Ort entwickelt. Aktuell gibt es Handreichungen zu den Themen „Erstkontakt“, „Rückholgespräche“, „Beitragssäumigkeit“, „Beitragsanpassung“ und „Die Kampagne als Mittel der Mitgliedergewinnung“.

Um die Arbeit der Mitgliederverantwortlichen auf Kreis- und Landesebene zu unterstützen, wurde im Berichtszeitraum in regelmäßigen Abständen weiter der zielgruppenspezifische Newsletter „Mitglieder gewinnen, Mitglieder beteiligen“ herausgegeben. Er dient der Information über aktuelle Entwicklungen, soll den Austausch über erfolgreiche Beispiele fördern und Hilfestellungen für die praktische Arbeit geben.

Als jährlicher Höhepunkt für die Mitgliederverantwortlichen hat sich der bundesweite „Tag der Mitgliederverantwortlichen“ weiter etabliert. Dieses 2012 erstmalig durchgeführte Veranstaltungsformat fand im Berichtszeitraum zuletzt im Oktober 2015 statt. Schwerpunkt war das Thema „Kampagnen als Mittel der Mitgliedergewinnung und -beteiligung“. Darüber umfasste die eintägige Tagungen den Erfahrungsaustausch und Workshops zur Weiterqualifizierung der praktischen Arbeit vor Ort.

Alle Aktionsschwerpunkte im Berichtszeitraum und insbesondere unsere Schwerpunktkampagne „Das muss drin sein.“ waren darüber hinaus beteiligungsorientiert ausgerichtet und so angelegt, dass sie auch zur Ansprache und Gewinnung neuer Mitglieder genutzt werden konnten. Entsprechend wurden fast alle bundesweiten Verteilmaterialien mit Eintrittsformularen oder Mitmach-Coupons versehen.

b) Maßnahmen zur Aktivierung und Beteiligung von Unterstützerinnen und Unterstützern (Projekt „Linksaktiv“)

Im Anschluss an die Bundestagswahl 2013 und die Europawahl 2014 wurde das Projekt „Linksaktiv“ wie geplant mit reduzierter Intensität fortgeführt. Die Zahl der zentral erfassten Unterstützerinnen und Unterstützer sowie an unseren Schwerpunktthemen Interessierten

konnte seitdem trotzdem deutlich erhöht werden. Zuletzt waren so rund 13.101 Personen registriert. Von diesen haben rund 3.491 angegeben Mitglied unserer Partei zu sein.

Die neuen Kontakte speisen sich hauptsächlich aus der Partei gesammelten Unterstützerterschriften (online und auf Papier) für die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA, aus dem Appell „Deine Stimme gegen Befristung und Leiharbeit“ (online über unsere Webseite und unsere Facebook-Seite sowie auf rücklaufenden Postkarten und Unterschriftenlisten) und aus dem allgemeinen Mitmachformular der Kampagne „Das muss drin sein“ (vor allem online). Unterstützerinnen und Unterstützer wie auch an unseren Schwerpunktthemen Interessierte werden selbstverständlich nur nach expliziter Einwilligung zur Speicherung ihrer Daten erfasst.

Mit diesen Personen wurde und wird zielgerichtet im Rahmen unserer Aktionsschwerpunkte und der Kampagne „Das muss drin sein.“ personalisiert kommuniziert. Sie werden auf diesem Wege regelmäßig persönlich eingeladen, sich an aktuellen Aktionen, Demonstrationen oder Kampagnen zu beteiligen. Regelmäßig können auf diese Wege auch neue Mitglieder für die Partei gewonnen werden.

Die darüber hinaus angestrebte Ansprache dieser Personen durch unsere Landes- und Kreisverbände findet kaum statt. Zuletzt arbeitete lediglich der Landesverband Bayern aktiv mit diesen Kontakten. Mit Blick auf das Wahljahr 2017 wurden erste konzeptionellen Überlegungen angestellt, die Aktivierung, Erfassung und Beteiligung von Unterstützerinnen und Unterstützer in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden weiterzuentwickeln.

c) Maßnahmen der innerparteilichen Bildungsarbeit

Die innerparteiliche Bildungsarbeit wird von der Kommission Politische Bildung und dem Bereich Politische Bildung der Bundesgeschäftsstelle gemeinsam entwickelt und organisiert. Schwerpunkte der Arbeit waren im Berichtszeitraum Angebote der Grundlagenbildung als linke Allgemeinbildung und der Ausbau der Strukturen der Bildungsarbeit.

Die Bildungsstrukturen in den Landes- und Kreisverbänden konnten insgesamt weiter ausgebaut werden. Allerdings verläuft dieser Prozess nicht geradlinig, sondern ist immer wieder von Rückschlägen gekennzeichnet. Unter dem Strich ist die Zahl der Bildungsverantwortlichen in den Kreisverbänden im Berichtszeitraum aber von 220 auf 239 gestiegen – trotz des Rückganges der Anzahl an Kreisverbänden. Unverändert gibt es nicht in allen, sondern nur in 12 der 16 Landesverbänden eigenständig arbeitende Bildungsstrukturen. Erfreulich ist, dass es in den Landes- und Kreisverbänden zunehmend selbstentwickelte Bildungsformate wie Akademien, Bildungstage, Seminare und Lesezirkel gibt. Aktuell steht die weitere Festigung und Unterstützung der Bildungsstrukturen vor Ort im Fokus. Die Bildungsverantwortlichen sollen künftig noch mehr Unterstützung erhalten.

In der Grundlagenbildung sind vor allem das Grundlagenseminar (ehemals Neumitgliederseminar), das in mehr als der Hälfte der Landesverbände systematisch angeboten wird, und die Seminarreihe „DIE LINKE 1“ hervorzuheben. Diese Seminarreihe verbindet Präsenzseminare mit internetbasiertem Lernen und geht nun in die vierte Staffel. Ein besonderes Augenmerk wurde zudem auf die Werbung von Teilnehmenden für die Einstiege-Seminare (Nachwuchsförderung) der Rosa-Luxemburg-Stiftung gelegt. Diese Seminare fanden bzw. fanden inzwischen in fünf Bundesländern statt.

Spezielle Bildungsaktivitäten fanden im Berichtszeitraum zur Unterstützung von Wahlkämpfen in einzelnen Landesverbänden und zu Inhalten der Kampagne „Das muss drin sein“ statt, letztere leider mit geringem Zuspruch.

Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der Partei, wie Kreisvorsitzende, Bildungsverantwortliche, Finanz- und Mitgliederverantwortliche, wurden und werden durch spezielle Seminarangebote unterstützt. Mit der jährlichen Sommeruniversität der Europäischen Linke gibt es ein etabliertes Format der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bildungsarbeit. Auch mit dem Jugend- und dem Studierendenverband findet ein kontinuierlicher Austausch zu Fragen der Bildungsarbeit statt.

Die feministische Bildungsarbeit und die Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in unserer Partei haben einen eigenen Stellenwert in der Bildungsarbeit. Der Anteil von Frauen an unseren Bildungsaktivitäten ist gestiegen: Noch ist ein hälftiger Anteil von Frauen an den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unserer Bildungsangebote nicht bei allen Seminaren erreicht, aber vor allem bei den zentralen Seminaren gelingt dies inzwischen erfreulicherweise recht oft.

Mit den „Bildungspartisaninnen“ hat sich zudem eine eigene Frauen-Struktur in der Bildungsarbeit gebildet, die eigene Bildungsformate anbietet.

Durch das Zusammenwirken der verschiedenen Bildungsformate wie Seminare in Kreisverbänden und Regionen, Frühlingsakademien (die in beiden Jahren wieder mit hohem Niveau und großer Beteiligung durchgeführt wurden) und Bildungstage, zentrale Seminare in Elgersburg und Bernau sowie eigener Materialien für die Bildungsarbeit hat sich inzwischen eine feste „Bildungsgemeinde“ in unserer Partei herausgebildet. Nicht wenige der Beteiligten arbeiten aktiv in der zentralen Bildungsarbeit mit. Auf Bundesebene wurde so zum Beispiel ein Teamenden-Arbeitskreis gebildet. Der zentrale Bildungsverteiler, der aus ehemaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Bildungsveranstaltungen besteht, umfasst inzwischen rund 1.500 Personen. Den Newsletter „Politische Bildung“ erhalten mittlerweile 2.600 Personen. Darüber hinaus hat die Kommission Politische Bildung begonnen, die Bildungsaktivitäten der Partei über einen eigenen Facebook-Auftritt bekannter zu machen.

e) Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit

In den Jahren 2015 und 2016 wurden bzw. werden dem Parteitag Gleichstellungsberichte vorgelegt, die darum an dieser Stelle nicht weiter befasst werden.

f) Maßnahmen zur Unterstützung von Beratungsangeboten vor Ort (Projekt „DIE LINKE hilft“)

Die Vernetzung und Unterstützung von Beratungsangeboten der Partei und ihres Umfeldes wurde unter dem Titel „DIE LINKE hilft“ im Berichtszeitraum fortgesetzt. Die vorhandenen Sozialberatungsangebote der Partei, ihrer Abgeordneten und von mit ihr kooperierenden Einrichtungen können über weiter ein zentrales Portal erreicht werden. Schwierigkeiten bei der kontinuierlichen Bewerbung über das zentrale Portal machen dabei allerdings häufige Veränderungen bei den Angeboten vor Ort.

Im Dezember 2014 fand ein weiteres bundesweites Vernetzungstreffen der Beraterinnen und Berater statt. Schwerpunkte waren hier die so genannten „Rechtsvereinfachungen“ im SGB II und andere rechtspolitische Trends, die rechtlichen Aspekte der Beratungspraxis sowie Fragen rund um den Aufbau neuer Beratungsangebote. Das für November 2015 geplante Folgetreffen musste leider abgesagt werden, da kurzfristig für den gleichen Tag eine große Konferenz unserer Bundestagsfraktion für Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer angesetzt wurde. Beraterinnen und Berater aus dem „DIE LINKE hilft“-Netzwerk wurden stattdessen bei der Teilnahme an der Konferenz der Bundestagsfraktion unterstützt. Für Juni 2016 ist das nächste Vernetzungstreffen geplant. Schwerpunkte sollen dann die Frage der Verknüpfung von Beratungsangeboten mit der Aktivierung und Organisation von Menschen in einkommensärmeren Stadtteilen sowie spezielle Beratungsangebote für Geflüchtete sein.

Der zielgruppenspezifische Newsletter für Beraterinnen und Berater in der Partei und ihrem Umfeld wurde im Berichtszeitraum weiter in größeren und unregelmäßigen Abständen herausgegeben. Für die Arbeit vor Ort wurden und werden zudem unterstützende Materialien (Plakate und Eindruck-Handzettel zur Bekanntmachung von Beratungsangeboten) bereitgestellt.

g) Inklusion

Auf Initiative des Inklusionsbeauftragten arbeitete eine Arbeitsgruppe Teilhabe an der Verbesserung der Barrierefreiheit der Partei und lobte erstmals einen Preis für barrierefreie Geschäftsstellen aus. Der Inklusionsbeauftragte legt dem Parteitag einen gesonderten Bericht vor.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN

Vertreter_innen der LINKEN nahmen tagesaktuell und in Abstimmung mit der Bundestagsfraktion Stellung zu aktuellen Themen. Die Parteivorsitzenden oder der Bundesgeschäftsführer informierten auf wöchentlichen Pressekonferenzen über die Politik der LINKEN.

Auf der Internetseite www.die-linke.de informierte der Parteivorstand ausführlich und tagesaktuell über die Positionen und Aktionen der Partei. Publikationen, Presseerklärungen und Positionspapiere sind hier abrufbar. Die konsequente Umsetzung der Datenschutzbestimmungen (Verzicht auf das Speichern von IP-Adressen, Notwendigkeit der aktiven Zustimmung der User zum Setzen von Cookies) hatte zur Folge, dass seit Mitte 2014 eine exakte Erfassung der Zugriffszahlen auf der Seite www.die-linke.de nicht mehr möglich ist. Als Tendenz ist erkennbar, dass die User_innen pro Besuch eine größere Zahl verschiedener Seiten aufrufen und dass mehr als in früheren Jahren von den Downloadmöglichkeiten Gebrauch gemacht wird.

Das Linke CMS (www.links-cms.de), das im Auftrag des Parteivorstandes betrieben wird und das insbesondere Kreisverbänden und Zusammenschlüssen als Grundlage für einen eigenen Internetauftritt dient, wurde im Berichtszeitraum grundlegend modernisiert (Umstellung auf Typo3 6.2) und optisch an das Layout von www.die-linke.de angepasst.

Der wöchentlichen Newsletter wird gegenwärtig an etwa 21.000 Abonnenten und Abonnentinnen verschickt. Er wird von ca. 4.000 nachgewiesenen Empfängerinnen und Empfängern geöffnet, ca. 500 folgen Verlinkungen. Zur Friedenskonferenz und zur Aktionskonferenz zu Kampagne „Das muss drin sein!“ wurden erstmals Sondernewsletter mit dem Ziel verschickt, auf eine zentrale Veranstaltung des Parteivorstandes hinzuweisen. Auch die aus diesen Verschickungen resultierenden Anmeldezahlen in Relation zu den Gesamtanmeldeszahlen lassen darauf schließen, dass der Newsletter ein für die Kommunikation mit unseren Mitgliedern und Sympathisanten und Sympathisanten wichtiges Medium ist.

Für die Herausbildung eigener Medien der Gegenöffentlichkeit werden die sozialen Medien immer bedeutsamer. Derzeit ist DIE LINKE auf folgenden Plattformen vertreten: Youtube, Facebook, Google+, flickr, Twitter, Instagram, Tumblr und Snapchat. DIE LINKE berichtet auf diesen Plattformen direkt, unmittelbar und aktuell über ihre Themen und Personen. Veranstaltungen, Konferenzen (u. a. Parteitag, Linke Woche der Zukunft, Friedenskonferenz, Gedrucktes) und Aktionen werden durch Liveberichterstattung begleitet. Mit eigenen Videobeiträgen und Share Pics werden die Botschaften der LINKEN in Formaten kommuniziert, die den Kommunikationsgewohnheiten in den sozialen Netzwerken besonders entsprechen. Zur quantitativen Steigerung fotografischer Aufnahmen stehen auf unserem Flickr-Kanal den Parteigliederungen frei nachnutzbare Fotos zur Verfügung.

Insgesamt hat DIE LINKE in den sozialen Netzwerken mehr als 300.000 direkte Kontakte (u. a. Facebook: 134.000, Twitter: 105.000, Google+ 50.000 Instagram 2.500) und erreicht durch ihre Beiträge monatlich weit über eine Million Personen. DIE LINKE ist im Vergleich zu anderen Parteien im Parteienwettbewerb gut platziert. Die Kommunikationsstrategie im Social Web wurde und wird laufend überarbeitet und professionalisiert, neue Plattformen werden beobachtet und auf den Nutzen für die Partei geprüft. Gerade jüngere Zielgruppen erreicht die Partei inzwischen fast ausschließlich über die sozialen Medien. Hier findet Informationsweitergabe, Mobilisierung, politische Bildung und Bürgerdialog statt. Monitoring und Statistik wurden verbessert und die Wirksamkeit deutlich gesteigert.

Der Parteivorstand gab monatlich die Mitgliederzeitschrift DISPUT in einer Auflage von rund 4.400 Exemplaren heraus. Aufgrund der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ist eine Auskunft über die Abrufzahlen der PDF-Version des DISPUT leider nicht möglich.

Über alle wesentlichen Ereignisse in und mit der Partei (Bundesparteitage, Kampagne »Das muss drin sein.«, außerparlamentarische Aktivitäten, Kommunalpolitik, Landtags- und Kommunalwahlen ...) wurde ausführlich und in unterschiedlichen Formen berichtet, das Mitgliederleben in Ost und West, in Landes-, Kreis- und Basisverbänden wurde breit dargestellt sowie Debatten (wie zur Parteientwicklung) unterstützt.

Im Konsultations- und Informationszentrum (KIZ) des Karl-Liebknecht-Hauses können Besucherinnen und Besucher Auskünfte und Informationsmaterial der Partei, der GUE/NGL, der EL und der Bundestagsfraktion erhalten. Wöchentlich gehen auf den Accounts „kiz“ und „partei-vorstand“ im Durchschnitt ca. 300 Mails; dazu ca. 20 Briefe ein. Dazu kommen noch die Anrufe über die Telefonnummer des KIZ und das Bürgertelefon. Dabei interessierten sich die Bürgerinnen und Bürger vornehmlich für die Themen, die auch gesellschaftlich dominieren. Im Berichtszeitraum waren es die Themen Griechenland; Flüchtlinge; soziale Fragen (oft im Zusammenhang mit Flüchtlingspolitik); Krieg im Nahen Osten / Friedenspolitik und allgemein die Landtagswahlen immer wieder Gegenstand von Fragen und Vorschlägen von Bürgerinnen und Bürgern. Die Briefpost und auch der Mailverkehr haben in Bezug auf die Bürgeranfragen zugunsten direkter Anfragen vor allem via Facebook (bis zu 100 pro Woche) abgenommen.

Mit Besucher und Besucherinnen des Karl-Liebknecht-Hauses werden im KIZ Informationsgespräche zur Partei geführt und es gibt Führungen von kleineren Besuchergruppen oder Einzelpersonen durch das Karl-Liebknecht-Haus mit Erläuterungen zur Geschichte des Hauses und der Partei. Im Berichtszeitraum kamen 145 Besuchergruppen in die Bundesgeschäftsstelle. Davon kamen 129 aus den Wahlkreisen der Bundestagsabgeordneten. 16 Gruppen waren Schulgruppen, Studierende u.ä. Damit konnte die Partei in diesem Zeitraum ca. 7.000 Menschen in der Bundesgeschäftsstelle begrüßen und über die Partei und die aktuellen politischen Schwerpunkte informieren.

Es nahmen mehrere Tausend Menschen an Informations- und Kulturveranstaltungen (Lesungen, geDRUCKtes, Fest der Linken, Veranstaltungen des Berliner Landesverbandes und der Bezirksverbände, Ausstellungen) in der Parteizentrale der LINKEN teil. Guten Zuspruch fand das Karl-Liebknecht-Haus etwa an den „Tagen des Offenen Denkmals“. Das denkmalgeschützte Karl-Liebknecht-Haus wird in jedem Jahr im September – unabhängig vom Thema des Denkmaltages – der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Lesereihe »geDRUCKtes« mit Gesine Löttsch und Gästen hat sich zu einer zuverlässigen Veranstaltungsgröße im Rosa-Luxemburg-Saal etabliert. Die Veranstaltungsreihe trägt sehr zur Belebung des Rosa-Luxemburg-Saals und des Karl-Liebknecht-Hauses als Zentrum einer kulturvollen und politisch anspruchsvollen Debatte in gleichzeitig offener wie angenehmer Atmosphäre bei und wird von Publikum und Gästen gleichermaßen sehr gut angenommen.

»geDRUCKtes« findet durchschnittlich alle zwei Monate statt. Die Besucherzahl liegt bei durchschnittlich 80 Personen und erreicht Spitzenwerte über 100. Zu jeder Veranstaltung wurde ein Livestream realisiert.

Seit 2015 führt DIE LINKE jährlich den Red-Media-Day durch – mit jeweils rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Es fanden Schulungen u.a. zu folgenden Themen statt: Politische Kommunikation via Social Media, Kampagnenführung, Öffentlichkeitsarbeit und PR in der Lokalpolitik, Kleine Zeitungen – gut und professionell gemacht, LINKES CMS.

Pressekonferenzen und verschiedene Aktionen wurden auch als Video festgehalten und z.T. per Livestream übertragen. Livestream-Übertragungen der Partei (Parteitage, Konferenzen, Veranstaltungen) finden großen Zuspruch. Zu ausgewählten Anlässen wurden professionelle Clips produziert.

Die Bundesgeschäftsstelle

Die Schwerpunkte der Parteizentrale im Berliner Karl-Liebknecht-Haus waren die Durchführung, Vor- und Nachbereitung der Bundesparteitage sowie der Beratungen des Parteivorstandes und des Bundesausschusses, die Durchführung von Tagungen, Bildungsveranstaltungen, Konferenzen und Workshops und Vorbereitung und Unterstützung von Kampagnen und Aktionen der Partei. Im Berichtszeitraum lag die Mitarbeiter_innenzahl zwischen 75 und 80.

Die Bundesgeschäftsstelle versteht sich zuvorderst als Serviceeinrichtung für die Organe, Gliederungen und Zusammenschlüsse der Partei, für die Parteimitglieder und für die Bürgerinnen und Bürgern. Dazu gehören die Unterstützung der Parteimitglieder in der ehrenamtlichen Arbeit, die Beantwortung von einigen Tausend Bürger_innenbriefen und -posts, die Betreuung von Besucher_innen als auch die inhaltliche Unterstützung, z.B. durch kurze Analysen der aktuellen politischen Lage und Gegnerbeobachtungen von den Parteitagen anderer Parteien, Zuarbeiten und Vorschläge für die Fachtagungen oder Strategieberatungen. Die Arbeit der Kommissionen fand ebenso die Unterstützung des Karl-Liebknecht-Hauses wie die bundesweiten Zusammenschlüsse, u.a. durch die Bereitstellung von elementaren Arbeitsbedingungen. Neben den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeiten im Karl-Liebknecht-Haus Mentees und Praktikantinnen und Praktikanten (im Berichtszeitraum waren es 29 Schülerinnen, Schüler und Studierende), deren Aufgaben, Arbeitsbedingungen und Entlohnung in einer Praktikumsordnung geregelt sind. Mehrere Genossinnen und Genossen arbeiten regelmäßig ehrenamtlich in der Bundesgeschäftsstelle mit. Jährlich beteiligt sich die Bundesgeschäftsstelle am Girls Day.

DIE LINKE international

Die Pflege und Entwicklung der internationalen Beziehungen der LINKEN als einer internationalistischen Partei waren auch in diesem Berichtszeitraum ein vordringliches Ziel des Parteivorstandes. Ein Schwerpunkt bilden dabei unsere Mitgliedschaft in der Partei der Europäischen Linken (EL) und die bilateralen Kontakte zu ihren Mitgliedsparteien. Der 4. Parteitag der EL im Dezember 2013 in Madrid hatte Diether Dehm wieder zum Schatzmeister der EL und Claudia Haydt und Dominic Heilig zu Mitgliedern des Vorstandes gewählt. Mit dem Rücktritt von Dominic Heilig übernahm als Nachrückerin Judith Benda seine Funktion.

Im Berichtszeitraum richtete DIE LINKE zwei Sitzungen des Vorstandes der EL aus. Zweimal fanden die politisch-kulturellen Jahresauftakte der EL in Berlin statt. 2014 wurde die 9. Sommeruniversität der EL in Deutschland am Werbellinsee durchgeführt. DIE LINKE begrüßte ca. 400 Gäste aus allen Teilen Europas. Mitglieder der LINKEN beteiligten sich an der 10. EL-

Sommeruniversität in der Tschechischen Republik 2015. Die Partei arbeitete aktiv in Arbeitsgruppen der EL mit.

An der EL-Parlamentarier_innenkonferenz ParlaCon im Oktober 2015 in Helsinki beteiligte sich DIE LINKE mit einer breiten Delegation.

Ein Höhepunkt des Berliner Parteitages 2014 war die Rede des EL-Spitzenkandidaten und Vorsitzenden von Syriza, Alexis Tsipras.

Bei den unmittelbar vor der Wahl dieses Vorstandes stattgefundenen Wahlen zum Europäischen Parlament erzielte DIE LINKE 7,4% und sieben Mandate. Durch die Stärkung der linken Kräfte in anderen Ländern und die Gewinnung neuer Mitgliedsparteien wuchs die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grünen Linken (GUE/NGL) von 35 auf 52 Sitze. Gabi Zimmer wurde erneut zur Vorsitzenden der Fraktion gewählt.

Die Unterstützung des Wahlkampfes von Syriza und der Syriza-Regierung in Griechenland bildeten einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit der LINKEN. Spitzenpolitiker_innen der Partei waren in den Wahlkämpfen und in der Kampagne für das „Nein!“ im Referendum vor Ort. Der Parteivorsitzende initiierte gemeinsam mit Pierre Laurent, dem Vorsitzenden der EL und Generalsekretär der FKP, einen Unterstützungsaufruf, der auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin im Februar 2015 vorgestellt wurde. DIE LINKE beteiligte sich an zahlreichen Solidaritätsaktionen und Bündnissen und bemühte sich, Gegenöffentlichkeit zur vorherrschenden Mediendarstellung zu schaffen.

DIE LINKE unterstützte weiterhin die internationale Beteiligung an den Blockupy-Protesten in Frankfurt, an den G7-Protesten und andere außerparlamentarische Proteste. Ein besonderer Erfolg ist die Beteiligung an der Kampagne gegen TTIP und andere neoliberale Freihandelsabkommen, die mit der Großdemonstration am 10.10.2015 einen Höhepunkt fand.

Der Beschluss über die Internationale Kommission wurde erneuert. Unter dem Vorsitz von Heinz Bierbaum tagte sie in der Regel monatlich und beschäftigte sich mit zahlreichen aktuellen Themen der internationalen Politik.

Ein weiterer wichtiger Arbeitsschwerpunkt war die Fortsetzung des friedenspolitischen Engagements der Partei auf internationaler Ebene. Gemeinsam mit der EL und der Friedensbewegung beteiligte sich DIE LINKE an Protesten gegen das Militärbündnis NATO und gegen die Kriege in Afghanistan, der Ukraine und Syrien. Mehrfach beteiligte sich DIE LINKE an Delegationen nach Kurdistan und an die syrische Grenze. DIE LINKE setzte sich aktiv für die Aufhebung des PKK-Verbotes ein und zeigte ihre Solidarität mit der HDP. So war sie bei Veranstaltungen und Parteitagungen der HDP zugegen, rief zur Wahl der HDP auf, LINKE-Mitglieder waren als Wahlbeobachter vor Ort. Der Vorsitzende Bernd Riexinger besuchte mit einer Delegation eine Friedenskonferenz in Diyarbakir. Mehrfach äußerte sich der Parteivorstand zu den Entwicklungen in der Türkei und rief zu Frieden und Einhaltung der Menschenrechte auf.

Im Rahmen der engen Zusammenarbeit mit der FKP wurde eine gemeinsame Erklärung „Für eine neue Entspannungspolitik!“ anlässlich des 40. Jahrestages der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki veröffentlicht. Auf Initiative des Ältestenrates fasste der Parteivorstand einen Beschluss zur deutschen OSZE-Präsidentschaft 2016.

Der Parteivorstand fasste einen Beschluss zur Entwicklung in und um Kuba und zur Initiierung einer Kuba-Lateinamerika-Konferenz 2016.

Die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger hatten politische Gespräche in Griechenland, Venezuela, Ecuador, Kurdistan und Island. Eine Delegation unter Leitung des

Vorsitzenden besuchte die VR China. Der Vorsitzende der Internationalen Kommission besuchte Kuba, Mexiko und Portugal.

In Berlin und anderswo empfangen die Parteivorsitzenden und weitere Mitglieder des Parteivorstandes ausländische Repräsentantinnen und Repräsentanten, so den Vorsitzenden der schwedischen Linkspartei, den Generalsekretär der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP), den Vorsitzenden von Sinn Féin sowie Delegationen der KP Chinas und der KP Japans. Die Vorsitzenden und die Mitarbeiter_innen des Bereiches Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle führten die Informationskontakte zu den diplomatischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland fort. DIE LINKE nimmt seit Jahren am wichtigsten Treffen der lateinamerikanischen Linken, dem Foro de Sao Paulo teil; so auch 2014 in Bolivien und 2015 in Mexiko.

DIE LINKE war im Berichtszeitraum unter anderem bei folgenden Parteitagen, Konferenzen und Ereignissen vertreten: PT Rot-Grüne Einheitsliste (Dänemark), CPUSA (USA), Amtseinführung des Präsidenten in El Salvador, 35. Jahrestag der Sandinistischen Revolution in Nicaragua, Linksblock (Portugal), KP Österreich, Podemos (Spanien), Sozialistische Linkspartei (Norwegen), Gerechte Welt (Belarus), Québec Solidaire (Kanada), Forum der Alternativen in Paris, AKEL (Zypern), Ensemble!-Sommeruniversität (Frankreich), Left Unity (Großbritannien), Frente Polisario (Westsahara), HDP (Türkei), Linkspartei (Schweden), Forum von Sao Paulo.

DIE LINKE unterstützte die Irakische Kommunistische Partei und die Palästinensische Volkspartei solidarisch bei der Durchführung von Konferenzen in Deutschland.

Erneut beteiligte sich DIE LINKE aktiv an den Pressefesten linker Zeitungen bzw. Volksfesten linker Parteien in Lissabon, Paris, Madrid und Wien.

Vom Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle wird die Broschüre „International“ zur internationalen und Friedenspolitik herausgegeben. Der elektronische englischsprachige Newsletter, mit dem die internationalen Partner über die Politik der LINKEN informiert werden, wurde weitergeführt. Die englischen Seiten der Homepage werden laufend aktualisiert. Seit März 2016 informiert der Bereich Internationale Politik zusätzlich auf einer deutsch/englischen Facebook-Seite über die internationale Arbeit der LINKEN.

Zur finanzpolitischen Arbeit des Parteivorstandes

Im Berichtszeitraum hat der Parteivorstand auf der Grundlage des Parteiengesetzes und der Bundesfinanzordnung öffentlich Rechenschaft über die Herkunft und die Verwendung der Mittel sowie über das Vermögen der Partei für die Jahre 2013 und 2014 gelegt. Beide Rechenschaftsberichte wurden fristgemäß durch den Bundesschatzmeister im Auftrag des Parteivorstandes, versehen mit dem uneingeschränkten Testat des Wirtschaftsprüfers, beim Präsidenten des Deutschen Bundestages eingereicht. Die Rechenschaftsberichte der Partei sind im Internet unter www.die-linke.de/partei/fakten/finanzen veröffentlicht. Gegenwärtig wird die Rechenschaftslegung der Partei für das Kalenderjahr 2015 erarbeitet.

Anhand der Ergebnisse der Rechenschaftslegung 2014 lassen sich gegenüber 2013 folgende Entwicklungen erkennen:

Die Einnahmen 2014 betragen insgesamt 27.151 T€ und sind damit um 431 T€ geringer als 2013. Das ist im Wesentlichen auf die um 428 T€ geringeren staatlichen Mittel zurückzuführen.

Die Ausgaben 2014 in Höhe von insgesamt 29.348 T€ sind um 1.937 T€ geringer als 2013. Insgesamt beträgt das Defizit im Jahr 2013 3.703 T€ und im Jahr 2014 2.196 T€. Die Defizite

in diesen Jahren resultieren insbesondere aus den Wahlkämpfen zur Bundestags- und Europawahl.

Die **Mitgliedsbeiträge** betragen 2014 9.277 T€. Sie sind gegenüber 2013 um 123 T€ gestiegen auf der Basis von 60.551 Mitgliedern, das sind 3.206 Mitglieder weniger als im Vorjahr. Der monatliche Durchschnittsbeitrag je Mitglied ist in der Gesamtpartei um 0,81 € auf 12,77 € im Jahr 2014 gestiegen; in den Landesverbänden der neuen Bundesländer um 0,67 € auf 15,57 € und in den Landesverbänden der alten Bundesländern um 0,98 € auf 8,27 €.

Die **Mandatsträgerbeiträge** haben sich 2014 um 184 T€ auf 3.763 T€ erhöht. Davon entfallen auf die Bundesebene 998 T€, auf die Landesverbände der neuen Bundesländer 1.422 T€ und auf die Landesverbände der alten Bundesländer 1.343 T€.

Die **Parteispenden**, vor allem von Mitgliedern sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten, sind mit 2.289 T€ um 282 T€ geringer als das Vorjahresergebnis. DIE LINKE erhält keine Großspenden von Unternehmen. Der Anteil der Spenden von juristischen Personen an den Gesamteinnahmen der Partei betrug im Rechnungsjahr 2014 lediglich 0,13 %.

Die **Einnahmen aus staatlichen Mitteln**, die auf der Basis der Zuwendungen an die Partei (Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge und Spenden) und der erzielten Wählerstimmen festgesetzt werden, sind 2014 um 428 T€ auf 10.714 T€ gesunken. Gemäß Festsetzung des Präsidenten des Deutschen Bundestages für das Jahr 2015 betragen die staatlichen Mittel für DIE LINKE insgesamt 10.959 T€, das sind 245 T€ mehr als für 2014.

Das **Reinvermögen** der Partei beträgt per 31. Dezember 2014 23.584 T€, davon 11.491 T€ im Parteivorstand und 12.093 T€ in den Landesverbänden. Es hat sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 2.196 T€ verringert. Vom gesamten Reinvermögen betrafen 12.190 T€ die Geldbestände der Partei, darunter 2.941 T€ beim Parteivorstand und 9.249 in den Landesverbänden.

Zur Finanzierung von Landtags- und Kommunalwahlkämpfen im Jahr 2014 wurden aus dem **zentralen Wahlkampffonds** auf Beschluss des Parteivorstandes mit Zustimmung des Bundesfinanzrates insgesamt Mittel in Höhe von 1.928 T€ für nachstehende Landesverbände bereitgestellt:

Brandenburg	545 T€
Hamburg	25 T€
Nordrhein-Westfalen	105 T€
Sachsen	700 T€
Thüringen	553 T€

Für den Europawahlkampf wurden im Jahr 2014 auf zentraler Ebene 3.144 T€ ausgegeben, im Jahr 2013 waren es 67 T€ und damit insgesamt 3.211 T€. Geplant waren 3.300 T€.

Im Jahr 2015 sind aus dem zentralen Wahlkampffonds zur Finanzierung von Landtags- und Bürgerschaftswahlkämpfen auf Beschluss des Parteivorstandes mit Zustimmung des Bundesfinanzrates insgesamt 852 T€ den nachstehenden Landesverbänden in folgender Höhe zur Verfügung gestellt worden:

Baden-Württemberg	200 T€
Bremen	204 T€
Hamburg	203 T€
Mecklenburg-Vorpommern	25 T€
Rheinland-Pfalz	120 T€
Sachsen-Anhalt	100 T€

Für die Finanzierung der Landtagswahlkämpfe im Zeitraum 2016 bis 2018 sind bisher die Bereitstellung folgender Mittel für die genannten Landesverbände vom Parteivorstand mit Zustimmung des Bundesfinanzrates beschlossen worden:

Baden-Württemberg	405 T€
Berlin	639 T€
Mecklenburg-Vorpommern	360 T€
Nordrhein-Westfalen	650 T€
Niedersachsen	360 T€
Rheinland-Pfalz	359 T€
Sachsen-Anhalt	525 T€

Der Parteivorstand wird am 9. April 2016 über den Grobfinanzplan für den Bundestagswahlkampf 2017 in Höhe von 6.500 T€ zu entscheiden haben.

Im Berichtszeitraum wurden entsprechend den im April 2015 abgeschlossenen Tarifverhandlungen zwischen der vom Parteivorstand beschlossenen Tarifkommission der Partei unter Leitung des Bundesschatzmeisters und ver.di zum 1. Januar 2015 die monatlichen Entgelte in den Entgeltgruppen 1 bis 4 um 100 Euro sowie in den Entgeltgruppen 5 bis 8 um 1,7 % erhöht.

Ab dem 1. Januar 2017 steigen die Entgelte in den Entgeltgruppen 1 bis 4 um 2 % und in den Entgeltgruppen 5 bis 8 um 1,7 %. Im März 2016 erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung von 400 Euro. Erneut wurde eine Beschäftigungssicherung für alle Gliederungsebenen der Partei vereinbart, diese gilt bis zum 31. Dezember 2017.

Parteivorstand und Bundesausschuss haben im Berichtszeitraum den Finanzplan des Parteivorstandes und den Plan des zentralen Finanzausgleichs für 2015 und ebenso für 2016 beschlossen. Zugleich mit der Planung wurden dem Parteivorstand und dem Bundesausschuss im Februar 2015 und 2016 die jeweiligen Finanzabrechnungen der Jahre 2014 und 2015 vorgelegt. Die Finanzpläne einschließlich der Abrechnungen sind im Internet veröffentlicht.

Die **Finanzplanung für 2016** berücksichtigt die aktuelle Entwicklung der finanziellen Mittel, die zentralen staatlichen Mittel konnten, gegenüber den Jahren 2014 und 2015, aufgrund der Abschlagszahlungen 2016 und der Nachzahlung für 2015 um 466 T€ höher angesetzt werden.

Der Finanzplan des Parteivorstandes für das Jahr 2016 sieht Gesamteinnahmen sowie Gesamtausgaben von jeweils 12.669 T€ vor, diese sind damit jeweils um 564 T€ höher als im Nachtragshaushalt 2015 geplant.

Die Einnahmen aus zentralen staatlichen Mitteln betragen laut Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung für das Jahr 2015 sowie Berechnung der Abschlagszahlungen 2016 durch den Bundestagspräsidenten vom 29. Januar 2016 insgesamt 10.057 T€, die darin enthaltene Nachzahlung für 2015 in Höhe von 233 T€ wird für die Bildung einer Investitionsrücklage verwendet.

Die Abführungen der Landesverbände aus den staatlichen Mitteln auf der Basis der bei den Landtags- und Bürgerschaftswahlen erzielten Wählerstimmen an den zentralen Wahlkampfonds werden infolge der Wahlergebnisse im Jahr 2015 auf knapp 1.147 T€ steigen, damit entsprechen sie dem Niveau von 2014.

Die sonstigen Einnahmen konnten auf Grund von bereits bekannten Erbschaften in Höhe von 170 T€ geplant werden.

Das Personalbudget wird unter Berücksichtigung des Stellenplanes und der tariflich vereinbarten Einmalzahlung mit 4.300 T€ veranschlagt und stellt damit erneut den größten Einzelposten der Ausgaben im Finanzplan des Parteivorstandes dar. Die Zuführung des Parteivorstandes zum Altersteilzeitfonds ist mit 30 T€ in gleicher Höhe wie 2015 vorgesehen, weitere 50 T€ werden diesem Fonds aus dem gemeinsamen Fonds des Finanzausgleichs – Zuschüsse an Gliederungen – zugeführt.

Die Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebs sind entsprechend des notwendigen Bedarfs in Höhe von 1.348 T€ geplant. Der Planansatz der Ausgaben für allgemeine politische Arbeit beträgt 2.302 T€.

Die Steigerung der Sachausgaben um 221 T€ auf insgesamt 3.649 T€ resultiert hauptsächlich, mit 195 T€, aus der Erhöhung der Ausgaben für allgemeine politische Arbeit. Es betrifft fast alle Ausgabenbereiche, Ausnahmen bilden die Planpositionen Bundesausschuss, Kommissionen/Gremien und Zusammenschlüsse.

Beim Fonds des Parteivorstandes (Erhöhung um 63 T€ auf 695 T€) wurden im Wesentlichen die Positionen Veranstaltungen, Konferenzen, Kongresse um 31 T€, der Kampagne-Fonds um 20 T€ (bis 2014 Parteientwicklung) und die Reisekosten um 10 T€ erhöht.

Die Zuschüsse an den Jugendverband werden in Höhe von 300 T€ geplant und weitere (maximal) 15 T€ stehen, bei Nachweis eines ggf. zusätzlich zu finanzierenden Defizits auf der Grundlage eines vorzulegenden Finanzabschlusses des Jugendverbandes für das Jahr 2015, zur Verfügung.

Auf Wunsch des Parteivorstandes werden ab 2015 die Kosten der Beratungen mit den Landesvorsitzenden und mit den Landesgeschäftsführer/innen wieder gesondert ausgewiesen und 2016 mit insgesamt 13 T€ geplant.

Die Ausgaben für die Partei der Europäischen Linken (EL) werden in Höhe der zu erwartenden Einnahmen aus EL-Mitgliedsbeiträgen von 230 T€ geplant. Hiervon sollen in Abstimmung mit dem EL-Schatzmeister 120 T€ direkt an die EL abgeführt werden. Damit finanziert DIE LINKE wie bisher den größten Anteil aller EL-Mitgliedsparteien an den Gesamteinnahmen der EL.

Bei den Bereichen der Bundesgeschäftsstelle sind die Ausgaben entsprechend des Bedarfs geplant, wobei die Kosten für Besuchergruppen, die bisher in den Ausgaben des Bereichs Bürgerdialog/Medien/Öffentlichkeitsarbeit enthalten waren, ab 2016 gesondert ausgewiesen werden.

Für die Zusammenschlüsse sind unverändert zum Vorjahr 140 T€ eingeplant. Daneben werden für von den Zusammenschlüssen im Karl-Liebknecht-Haus genutzte Räume unverändert die Mietkosten, im Jahr 2016 in Höhe von 19 T€, übernommen. Weiterhin sind für externe Publikationen der Zusammenschlüsse Kopier-, Versand- und Druckkosten von insgesamt 72 T€ vorgesehen.

Die Zuschüsse des Parteivorstandes an die Landesverbände im Rahmen des Länderfinanzausgleichs werden seit 2015 unterteilt in Direktzahlungen an die Landesverbände West und in den gemeinsamen Fonds Finanzausgleich, die Summe beider Teile beträgt 2016 unverändert zum Vorjahr 800 T€. Im Bundesfinanzrat wurde einvernehmlich die Verteilung dieser Summe vereinbart. Der gemeinsame Fonds wird u. a. zur Finanzierung eines Buchungszentrums und Bildung eines Altersteilzeitfonds verwendet.

Die Zuführungen zum zentralen Wahlkampffonds werden aufgrund der höheren Abführungen der Landesverbände aus den staatlichen Mitteln um 23 T€ auf 3.647 T€ steigen.

Die im vorigen Jahr begonnene Aktualisierung und Modernisierung des zentralen Mitgliederprogrammes MGL4web wird aus dem Überschuss 2015 sowie in den Jahren 2016 und 2017 mit je 22,5 T€ aus dem gemeinsamen Fonds Finanzausgleich finanziert. Für die Bildung einer Rücklage für das MGL4web werden im Jahr 2016 weitere jeweils 10 T€ in den Haushalt des Parteivorstandes und den gemeinsamen Fonds Finanzausgleich eingestellt.

Der **Bundesfinanzrat** hat unter Leitung des Bundesschatzmeisters im Berichtszeitraum bisher neun Sitzungen durchgeführt. Außerdem wurden bei Bedarf zwischen den Beratungen notwendige Abstimmungen im Umlaufverfahren durchgeführt. Schwerpunkte waren:

- die Vorbereitung und Auswertung der Rechenschaftslegungen der Partei
- die Erarbeitung und Umsetzung der Konzeption zum Buchungszentrum
- die Entwicklung des zentralen Wahlkampffonds sowie die Bestätigung und Abrechnung von Mitteln aus diesem Fonds
- die Auswertung der Zielvereinbarungen und Planung der Zuschüsse an die Landesverbände (Länderfinanzausgleich) für 2015 bis 2017
- die Analyse der Einnahmenentwicklung der Partei, insbesondere bezogen auf Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge und Spenden
- die Finanzplanung und Finanzabrechnung des Parteivorstandes
- die Weiterentwicklung und Modernisierung des Mitgliederprogramms MGL4web
- die Finanzierung der Veranstaltung „Pfingsten mit der LINKEN“
- die Finanzierung der Altersteilzeitregelung
- die Umsetzung der geänderten Beitragstabelle

Unter Leitung des Bundesschatzmeisters wurde die Debatte zu Unternehmensspenden geführt und das Ergebnis im Juni 2015 mit einem entsprechenden Parteitagbeschluss zur Satzungsänderung umgesetzt. Mit der vom Parteitag im Juni 2015 beschlossenen Beitragstabelle wurde der Einstiegsbeitrag von 1,50 Euro auf 3 Euro erhöht. Gleichzeitig wurde eine dauerhafte Lösung für Mitglieder, die Transferleistungen erhalten, in der Finanzordnung festgeschrieben.

Es wurden Transparenz im Umgang mit den Beteiligungen der Partei geschaffen, Änderungen bei den Gesellschaftern vorgenommen und die Debatte über die Neuordnung der Beteiligungen begonnen. In den Sitzungen des Parteivorstandes und des Bundesausschusses wurde regelmäßig umfassend über die Finanzsituation informiert und diskutiert. Mit dem Betriebsrat sowie dem Gesamtbetriebsrat gab es eine gute Zusammenarbeit.

Im Oktober 2015 fand eine gemeinsame Beratung der Landesschatzmeisterinnen und Landesschatzmeister mit den Buchhalterinnen und Buchhaltern statt. Diese wurde zum Erfahrungsaustausch, zur Auswertung der Rechenschaftslegung und zur Diskussion zum Buchungszentrum genutzt.

Ende Oktober 2015 wurde eine Schulung für die Mitglieder der Revisionskommissionen durchgeführt.

Anlage:

Beschlüsse des Parteivorstands vom 25. Mai 2014 bis zum 9. April 2016 (außer Personalmaßnahmen)

Nummer	Thema
2014/200	Geschäftsordnung
2014/202	Parteitagsanträge und -beschlüsse
2014/202	G15 (2) Naziunrecht in Griechenland
2014/203	Sitzungsplan
2014/204	Antrag Livestream
2014/205	Zuständigkeiten im Parteivorstand
2014/206	Personalverantwortung
2014/207	Hauptamtliche Parteiämter
2014/208	internationale Pressefeste
2014/209	Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP
2014/210	Information über die Reisekostenordnung
2014/211	Keine Zusammenarbeit mit den Organisatoren der so genannten Montagsdemos
2014/212	Nachdruck der Plakate „NEIN zur NATO...“
2014/213	Vertreter_Innen des PV im BA
2014/214	Cuba sí: Fiesta de Solidaridad 2014
2014/215	Frieden Ukraine Montagsdemos
2014/217	Ukraine: DIE LINKE konsequent gegen Krieg und Faschismus
2014/218	Ausstieg Kohlestrom
2014/219	Beschlusskontrolle
2014/220GV	U35 Kickoff
2014/221GV	Mentoring 2014/2015
2014/222GV	Landrat Mansfeld-Südharz
2014/223GV	Landrat Wittenberg
2014/224	Kampagne Öffentliches Eigentum muss Art. 14 GG gerecht werden
2014/225	Weiterarbeit im Bündnis Frauenkampftag
2014/226	Benennung eines Inklusionsbeauftragten
2014/227	Nachteilsausgleich SprecherInnenratssitzung der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
2014/228	Änderung der Reisekostenordnung für Ehrenamtliche
2014/229	Antifaschismus Konferenz
2014/230	Unterstützung und Mobilisierung der Gegenaktionen zum „Marsch für das Leben“
2014/231GV	Bewegungsratschlag
2014/232	Fest der Linken 2014
2014/235	Arbeitsplanung 2014/2015
2014/235 A 1	Ergänzungsantrag zu 235/Arbeitsvorhaben (Drohnen)
2014/236	Freiheit statt Angst
2014/237	Ordnungen, Tarifverträge, Konzepte zur Kenntnisnahme
2014/239	Erklärung zu Landtagswahlen
2014/241	Änderung der Reisekostenordnung für die Mitglieder des PV
2014/242	Neuberufung der Internationalen Kommission
2014/243GV	Beschluss zur Kampagne gegen die Parteivorsitzenden

2014/244	Inselgentrifizierung stoppen
2014/245	Finanzplanabrechnung per 30. Juni 2014
2014/202 A	Parteitagsbeschlüsse und -anträge
2014/248	Unterstützung Landtagswahlkampf Thüringen
2014/249 + A 249	Aufruf zum 1. September 2014 „Nie wieder Krieg“!
2014/250	Solidarität mit den Geflüchteten – Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl
2014/252GV	Parteitag 2015 in Bielefeld
2014/257	Ema.Li als bundesweiter Zusammenschluss
2014/258	Zusammenschluss Türkei/Kurdistan
2014/259GV	Weltfriedenstag und Drohnenaktionstag
2014/260GV	Kreisvorsitzendenkonferenz
2014/261GV	Tag der Mahnung
2014/262	Sitzungstermine PV bis Sommer 2015
2014/263GV	Wahlpartys am 31.8 und 14.9.2014
2014/264	Resolution „Freiheit statt Angst“
2014/267	PV-Vertreter in Kommission Politische Bildung
2014/268	Bildaktion zum Weltfriedenstag
2014/269	Freizügigkeit ist ein hohes Gut
2014/270	Aufruf zu Protesten gegen NATO-Gipfel
2014/271	Solidarität mit Kandidat_innen in Thüringen
2014/272	Keine Waffenlieferungen an den Irak + anderswo
2014/273	Petition Medikament auf Cannabisbasis
2014/274	Auszahlung aus dem Wahlkampffonds an Sachsen-Anhalt
2014/275	Berufung Arbeitgeber-Tarifkommission
2014/276	Kampagne gegen prekäre Lebens-+Arbeitsverhältnisse
2014/277	Materialien zu TTIP
2014/279	Ächtung autonomer Offensiv-Waffensysteme
2014/280	Aufruf „Muslime stehen auf...“
2014/282	AG AfD
2014/283	Feministische Offensive in der Parteientwicklung
2014/285	Reformalternativen – Arbeitsgruppen einrichten
2014/202 C G10	Parteitagsantrag G.10 zum Wahlrecht
2014/202 C G15	Parteitagsantrag G.15 zu Griechenland
2014/288	Die Zeit drängt... Solidarität mit Kobane
2014/289	Unterstützung der G.7. Proteste in Elmau 2015
2014/291	Eckpunkte der Finanzplanung 2015
2014/292	Zukunftskongress
2014/293	Gewerkschaftspolitische Konferenz
2014/294GV	Antrag Finanzplan 2015
2014/295	25 Jahre friedliche Revolution
2014/296GV	Hände weg vom Streikrecht! (GdL)
2014/297GV	Gemeinsam gegen rechts - Naziaufmarsch in Hannover stoppen
2014/299	Zur Arbeit der BAG Senioren
2014/300	Welt-AIDS-Tag
2014/301	Entwurf Finanzplan 2015 und Stellenplan
2014/302	Bundesfrauenkonferenz 2015
2014/303	Frauenpreis 2015
2014/305	Mentoring

2014/306	LL-Ehrung 2015
2014/309	Entwurf Erklärung zum Herbst 1989
2014/310	Legaler Raum für Hausbesetzungen
2014/311	Pfingsten mit der LINKEN am Werbellinsee 2015
2014/312	Frauenkampftag
2014/313	Publikationskonzept
2014/314GV	Personalmaßnahme November 2014
2014/316	Wahlkampfmittel für Hamburg und Bremen
2014/317	Delegationsreise Syrien, Städtepartnerschaften mit Rojava
2014/318	PEGIDA
2014/319	Flüchtlinge willkommen
2014/320	Beteiligung an den Blockupy-Protesten 2015, EZB Eröffnung, Finanzen dazu
2014/323	Programm Grundlagen Nahost
2014/324	Demo „Wir haben es satt“
2015/2	Solidarität mit Griechenland
2015/3GV	Willkommenskultur für Flüchtlinge
2015/4	Berufung des Vorsitzenden des Ältestenrates
2015/5	Politischer Aschermittwoch in Passau
2015/9	Die AfD in den ostdeutschen Landtagen und der Umgang der LINKEN mit dieser Partei
2015/10	Frauenpreis 2015 (Finanzen)
2015/12	Kultur im Karl-Liebknecht-Haus. Weiterführung der Veranstaltung »geDRUCKtes«
2015/13	G7-Proteste in Lübeck
2015/14	Auf zu den Protesten gegen die so genannte Sicherheitskonferenz in München 2015
2015/15	Resolution zu Sozial- und Erziehungsdiensten (Gerechte Bezahlung für gute Arbeit – Das muss drin sein!)
2015/16	Zu PEGIDA (Keine Zweideutigkeiten: Flagge zeigen gegen Rassismus und Rechtspopulismus....
2015/19	Schluss mit dem Krieg in der Ukraine
2015/20	Kirchentag 2015
2015/21	Einberufungsbeschluss Bielefelder Parteitag
2015/23	Griechenland
2015/26	Wahlkampfmittel für Bremen
2015/28GV	Demonstration für die Aufhebung des PKK-Verbotes
2015/29	Flyer zum Frauenkampftag
2015/33	Verhandlungen in Minsk zur Ukraine
2015/34	Solidarity with the refugees, Dresden-Demo 28.2.
2015/36	Gesellschafterwechsel bei VULKAN
2015/37	Gesellschafterwechsel FEVAC
2015/39	Finanzplan 2015
2015/40	Deutsche Leistungsbilanzüberschüsse
2015/41	EL-Sommeruni 2015
2015/42	OB-Stichwahl in Köthen
2015/43	OB-Stichwahl Neubrandenburg
2015/45	Kampagne Das muss drin sein Finanzplan
2015/46	1. Mai 2015

2015/47	Zeitplan Parteitag 2015
2015/48	Externe Publikationen der Zusammenschlüsse
2015/49	Finanzplan linke woche der zukunft
2015/52	Finanzplan Parteitag 2015
2015/53	Veranstaltung 70. Jahrestag der Befreiung
2015/54	Erklärung 70. Jahrestag der Befreiung
2015/21 A1	Änderung der Tagesordnung Parteitag „Satzungsfragen“
2015/21 A2	Änderung Tagesordnung Parteitag „Frieden&Solidarität“
2015/55	Parteitagsantrag Eintrittsbeitrag
2015/56	Parteitagsantrag Unternehmensspenden
2015/58 GV	Aufruf Ostermärsche 2015
2015/59	Entwurf Leitantrag „Das muss drin sein!“ Kampagne der Partei
2015/60	Entwurf Leitantrag Für eine starke LINKE...
2015/63	Kommunalpolitische Leitlinien der Partei DIE LINKE
2015/64	Blockupy für das Ende der Traurigkeit
2015/65	Gedenken an den Völkermord an den Armeniern
2015/66	Unterstützung der HDP
2015/69 GV	Proteste gegen PEGIDA am 13.4.2015
2015/70	Delegiertenschlüssel des 5.Parteitages
2015/71	Delegiertenschlüssel Bundesausschuss
2015/72	Berufung des Ältestenrates
2015/73	Anschlussveranstaltung zur SuE-Kampagne
2015/77	Fest der Linken 2015
2015/78	CSD 2015
2015/79	Präsenz auf Pressefesten
2015/81	Kundgebung und Konzert zum Weltflüchtlingstag
2015/83	Parteienabend anl. Deutscher Städtetag
2015/84	Vergabe Kommunalen Initiativpreis 2015
2015/85	Demonstration am 20. Juni 2015 in Berlin
2015/86	Solidarität mit den Streikenden bei Kitas
2015/87	Änderungsantrag zum Leitantrag
2015/90	Demo gegen TTIP und CETA
2015/93	HDP-Erklärung
2015/95	Entnahme aus dem Wahlkampffonds LV Rheinland-Pfalz
2015/96 D.4	Öffentliche Daseinsvorsorge stärken
2015/96 G.3	Millionenerben endlich gerecht besteuern!
2015/96 G.4	Eine neue Etappe der Kuba-Solidarität
2015/96 G.5	Ankommen-Teilhaben-Bleiben
2015/96 G.7	DIE LINKE für ausnahmsloses Verbot von Fracking
2015/96 G.9	DIE LINKE – Partei der Flüchtlingshelfer
2015/96 G.11	Mordzentralen Ramstein und US-AFRICOM schließen
2015/96 G.13	Für ein soziales Hamburg – gegen Olympia
2015/96a P.2.	Mitbestimmung und Interessenvertretung bei Mandatsträger_innen
2015/96a P.7.	Keine Diskriminierung von LGBTTIQ
2015/96a P.2	Gendern aller Parteitagsanträge
2015/102	Friedens- und Entspannungspolitische Konferenz
2015/102 A	Friedenskonferenz Finanzplan
2015/105	Ja zum Referendum in Griechenland
2015/106	Aktionen gegen den Marsch für das Leben 2015

2015/107	Tag der Mahnung und Erinnerung
2015/108	Druck der Kommunalpolitischen Leitlinien
2015/109	Nachdruck Imageflyer
2015/96a P.2.	Betriebsrat der MdB-MitarbeiterInnen
2015/96a P.7.	Keine Diskriminierung von LGBTTIQ
2015/111	Mgl4web + Datenschutz
2015/112	Nachtragshaushalt
2015/115	Termin der 1. Tagung des 5. Parteitages
2015/118	Zeit zu Handeln, Flüchtlingspolitik
2015/119	Gedrucktes 2016
2015/123	Neubesetzung der Arbeitsgruppe „Rehabilitierungen“
2015/124	Nato-Konferenz
2015/126	Solidarität mit der HDP
2015/130 GV	Protest gegen NATO-Konferenz
2015/131	PV-Termine 1. HJ 2016
2015/133	Berufung Ältestenrat
2015/137	Clara-Zetkin-Frauenpreis 2016
2015/138	Bundesfrauenkonferenz 2016
2015/140	BAG LISA als bundesweiter Zusammenschluss
2015/141	Politischer Aschermittwoch 2016 in Passau
2015/143	LV Baden-Württemberg Wahlkampffonds
2015/144	LV Sachsen-Anhalt Wahlkampffonds
2015/146GV	Solidarität mit den Streiks in Griechenland
2015/147GV	Aufruf Global Climate March
2015/148	Luxemburg-Liebknecht-Ehrung 2016
2015/149	Pfingsten
2015/151	ArGe als bundesweiter Zusammenschluss
2015/102B	Friedenskonferenz
2015/153	Zur Entwicklung in und um Kuba
2015/156	Obergrenzen Kontingente in der Asylpolitik
2015/157	Demoaufruf „Wir haben es satt“
2015/161	Resolution zum Anti-Terror-Krieg und Bundeswehr- Einsatz
2016/001GV	Blockupy-Ratschlag Februar 2016
2016/002 GV	Asylrecht ist Menschenrecht
2016/003 GV	Welcome2stay Gipfel in Leipzig
2016/004	Konzept Friedenskonferenz
2016/010	Proteste gegen die Sicherheitskonferenz
2016/011	Das Problem heißt Sexismus
2016/012	Erklärung zu den Exzessen rechter Gewalt in Leipzig
2016/013	VerteterInnen des Parteivorstandes im Bundesausschuss
2016/016	Unternehmensspende
2016/019 GV	Unterstützung Frauenkampftag
2016/022	Fest der Linken 2016
2016/023	Erklärung zu den Landtags- und Kommunalwahlen im März 2016
2016/024	Externe Publikationen der Zusammenschlüsse
2016/025	Finanzplan 2016
2016/026	Deutschlands OSZE-Präsidentschaft
2016/028 A	Leitantrag: Für Frieden und eine gerechte Weltordnung
2016/029 A	Leitantrag: Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck!

2016/030 A	Leitantrag: Mehr für alle. Eine soziale Offensive für ein offenes Land!
2016/032	weiter gegen TTIP und CETA
2016/033	Bundesweiter Aktionstag am 10. März
2016/034	Zum Umgang der Partei DIE LINKE mit der Rechtspartei AfD
2016/035	Homophobie kein Einwanderungsproblem
2016/036	Nein zu Bundesfernstraßengesellschaft
2016/038	LINKE verurteilt Anschlag in Ankara
2016/039	Entnahme aus dem Wahlkampffonds LV Mecklenburg-Vorpommern Wahlkampf
2016/040	Entnahme aus dem Wahlkampffonds LV Berlin Wahlkampf
2016/041	Entnahme aus dem Wahlkampffonds LV Nordrhein-Westfalen Wahlkampf
2016/042	Entnahme aus dem Wahlkampffonds LV Niedersachsen Wahlkampf
2016/044	Einberufung Magdeburger Parteitag
2016/047	Refugees welcome – auch in der LINKEN!
2016/048	Aufstehen gegen Rassismus. Deine Stimme gegen rechte Hetze!
2016/050	DIE LINKE gegen die Bewegung von rechts
2016/051	Ostermarschauftuch 2016
2016/052	Resolution „Über Grenzen hinweg in Bewegung“
2016/053	Zum Referendum EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen in den Niederlanden
2016/054	Zeitplan Parteitag
2016/055	Geschäftsordnung Parteitag
2016/056	Gremien Parteitag
2016/057	PV-Bericht für Parteitag
2016/058	Kriterien für Kandidaturen
2016/059	Berufung Wahlkampfleiter und Bundeswahlbüro
2016/060	Wahlkampfbudget 2017
2016/65GV	VVN zum 71. Jahrestages des Sieges
2016/66GV	EL Sommeruni 2016
2016/068	Präsenz auf Pressefesten 2016

... und etliche Beschlüsse zu Personalfragen